Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9738**

17. Wahlperiode 22. 05. 2012

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Lieferung von U-Booten an Israel stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Lieferung von drei von Thyssen Krupp Marine Systems AG gefertigten U-Booten der sogenannten Dolphin-II-Klasse an Israel, die auch mit atomwaffenfähigen Marschflugkörpern bestückt werden können, widerspricht der Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die weltweite nukleare Nichtverbreitung zu stärken.

Die Dolphin-U-Boote dürfen – gerade vor dem Hintergrund des Nuklearstreits mit dem Iran und der damit verbundenen Eskalation – nicht geliefert werden. Die Lieferung modernster Waffentechnologie, die unter Umständen auch für den Einsatz von Massenvernichtungswaffen genutzt werden kann, ist der falsche Weg.

Die Sicherheit des Staates Israel ist Teil der historischen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Verpflichtung wird die Bundesrepublik Deutschland aber nicht durch die Lieferung von U-Booten, sondern durch die Stärkung jener Kräfte in der Region, die sich der Kriegslogik entgegenstellen, gerecht. Gerade der Einsatz für Frieden und Abrüstung gehört zur besonderen historischen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb muss sich Deutschland für eine von Atomwaffen und übrigen Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen Osten einsetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Verträge über die Lieferung von U-Booten der Dolphin-II-Klasse an Israel zu kündigen, die Genehmigung zu widerrufen und die bisher nicht ausgelieferten U-Boote nicht zu liefern,
2. entsprechend der in der Resolution 3263 der UN-Generalversammlung von 1974 und seither mehrfach, auch auf der Überprüfungskonferenz der Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrages (Nuclear Non-Proliferation Treaty – NPT) in New York im Mai 2010, erneuerten Begrüßung von Initiativen zur Errichtung einer von Atomwaffen freien Zone im Nahen Osten

politisch aktiv zu werden und auf die Beteiligung aller Staaten der Region an der für Ende 2012 in Finnland geplanten internationalen Konferenz zu diesem Vorhaben hinzuwirken.

Berlin, den 22. Mai 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333